

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 16

Ausgegeben am 16. Juli 1920

38. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zur Kritik des Erfurter Parteiprogramms

Von Heinrich Cunow

Schon auf dem Würzburger Parteitag im Oktober 1917 trat in der Diskussion der »nächsten Aufgaben der Partei« die Ansicht hervor, daß aus dem Jahre 1891 stammende Erfurter Programm sei durch die weltwirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte längst überholt und bedürfe notwendig einer Revision. Es wurde ein neues Programm gefordert, das in seinem theoretischen Teil, weniger scholastisch gefaßt und dogmatisch zugespitzt, mit den neuzeitlichen Entwicklungsercheinungen besser übereinstimme. Nach der Novemberrevolution und der sich in ihrem Gefolge vollziehenden Umgestaltung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens trat diese Forderung einer Programmrevision mit verstärktem Nachdruck hervor, und als vor einigen Wochen eine kombinierte Sitzung der neugewählten Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses sich für die Abhaltung eines Parteitags im Spätherbst dieses Jahres entschied, wurde denn auch sofort das dringende Verlangen erhoben, auf die Tagesordnung dieses Parteitags als einen der wichtigsten Beratungsgegenstände die Schaffung eines neuen Parteiprogramms zu setzen.

In Anbetracht des Wechsels, der sich infolge des Krieges und der Revolution im internationalen Gesamtwirtschaftsgetriebe wie in der Ausgestaltung des inneren Lebens unserer deutschen Partei vollzogen hat, ist dieses Verlangen durchaus begreiflich. Manche Forderungen des zweiten Teils des Erfurter Programms sind heute bereits verwirklicht, andere haben durch die Kriegsfolgen und die Machtprüche der Entente ihre einstige Bedeutung verloren, oder ihre Verwirklichung erscheint heute in weitere Ferne gerückt als je zuvor. Zugleich hat die politische Entwicklung der letzten Jahre eine Reihe neuer Probleme und Forderungen aufgeworfen, die zur Zeit der Aufstellung des Erfurter Programms erst schüchtern im öffentlichen Leben hervortraten und deshalb in diesem Programm auch keine Berücksichtigung gefunden haben, wie zum Beispiel die Frage des Siedlungs- und ländlichen Genossenschaftswesens sowie der kleinbäuerlichen Organisation, die Schul- und Universitätsreform (Einheitschule) usw., die Monopolisierungs- und Sozialisierungsfrage. Ferner fehlt im Erfurter Programm jedes präzise Bekenntnis der Partei zum demokratischen Volksstaat (zum demokratischen deutschen Einheitsstaat mit weitgehender Selbstverwaltung der Länder und Landesteile, zur Demokratisierung der Staatsinstitutionen, zum parlamentarischen Regierungssystem usw.), ebenso — eine Frage, die in den nächsten Jahren die proletarische Welt noch sehr eingehend beschäftigen dürfte — eine klare Stellungnahme zu den Bestrebungen der Wiedererrichtung einer allgemeinen Internationale und ihrer Ausgestaltung zu einer aktionsfähigen Arbeitsgemeinschaft.

Auch die vielfach erhobene Forderung einer gleichzeitigen Revision des sogenannten »theoretischen« ersten Teils des Erfurter Programms, in dem Richtung und Ziel der Wirtschaftsentwicklung mit ihren Folgen für die sozialistische Arbeiterbewegung kurz skizziert werden, ist nur allzu verständlich. Weltkrieg und Revolution haben mit rauher Hand in das Reich der alten Vorstellungen, Theesen und Hypothesen eingegriffen, eine Reihe überlieferter Illusionen und Annahmen vernichtet und jedem, der sich aus dem Bann utopistischer Vorstellungen zu befreien vermochte, deutlich gezeigt, daß die Entwicklung zum Sozialismus sich keineswegs so rasch und glatt in den mit schönen Voraussetzungen und Hoffnungen gepflasterten Bahnen vollzieht, wie man vielfach 1891 nach dem Fall des Sozialistengesetzes glaubte — in dem frohen Gefühl, daß nun die Wege zum schnellen Aufstieg freilägen. Die Erfahrung hat seitdem gezeigt, daß mit jedem neuen Fortschritt sich auch neue Verwicklungen, neue Umstellungen, neue Möglichkeiten und Unmöglichkeiten ergeben. Wie wenige so manche der alten im Erfurter Programm entwickelten »unverkennbaren« Tendenzen noch heute Anspruch auf Geltung haben können, beweist zum Beispiel deutlich der in diesem Programm aufgestellte Satz, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft völlig über den Kopf gewachsen seien — ein Satz, der in den offiziellen Erläuterungen Kautskys dahin interpretiert wird, die Produktivität der Arbeit hätte sich dermaßen gesteigert (Kautsky spricht sogar von einer Verhundertfachung), daß die Warenmärkte die Produktionsmasse gar nicht mehr aufzunehmen vermöchten und daher die Überproduktion mit ihrer Folge, der fast unaufhörlichen Wirtschaftskrise aus Überfluß, eine in der heutigen Wirtschaftsform begründete »naturnotwendige Erscheinung« sei. Heute weiß jeder Volkswirtschaftler, daß wir nicht an einer Überproduktion, sondern an einer Unterproduktion kranken, die enorme Preisteuerung auf dem Mißverhältnis zwischen dem zu geringen Warenbestand und der starken Warennachfrage beruht und die wichtigste Bedingung einer Rückkehr zu einigermaßen normalen Lebensverhältnissen in der baldigen intensiven Steigerung der Produktivität besteht.

Man fühlt eben in unseren Parteikreisen, daß die Gegenwart mit so manchen der alten Prophezeiungen, Annahmen und Hoffnungen der theoretischen Einleitung des Erfurter Programms nicht übereinstimmt, und man fragt nun nicht nach den Ursachen dieser Erscheinung, sondern schließt daraus einfach, daß eine sogenannte »Neuorientierung« nötig ist — eine Umarbeitung des Parteiprogramms, die dessen Sätze in besseren Einklang mit den beobachteten Entwicklungsvorgängen bringt.

Besonders sind es die jungen, erst jüngst zur Partei gekommenen intellektuellen Elemente, die nach einer Änderung des theoretischen Programmteils rufen. Sie sind meist noch nicht eingedrungen in die ältere Geschichte des Werdens und Wachsens unserer Partei, wissen daher auch nicht, wie häufig diese seit Lassalles Auftreten auf ihrem Entwicklungsweg ihre Anschauungen und Forderungen geändert hat, wie historisch bedingt alle Parteiprogramme sind, und besonders das Programm einer Partei, die noch mit zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten, gewissermaßen also mit noch unbekanntem Größen rechnet. Nach ihrer Auffassung soll ein Parteiprogramm vielmehr der Extrakt reiner Wahrheitskenntnis, die Wahrheit an sich

sein, und da sie sehen, daß manche der programmatischen Sätze zu den heutigen Entwicklungsstatsachen nicht stimmen und ferner die Partei teilweise eine Politik treibt, die zu dem im Erfurter Programm behaupteten wirtschaftlichen Richtungsverlauf nicht paßt — zum Beispiel die neue Siedlungspolitik —, so fordern sie, das Programm müsse unbedingt den neuen Erkenntnissen angepaßt werden; denn sonst werde ein sich stetig vergrößernder Wirrwarr in der Partei entstehen.

Liegt in dieser Ansicht auch eine Überschätzung der Programme für die Erfolge und die Bewegungsrichtung einer politischen Partei, so läßt sich doch eine gewisse Berechtigung solcher Begründung nicht verkennen. Trotzdem halte ich heute, wie ich schon auf dem Würzburger Parteitag ausgesprochen habe, das Drängen nach einer Ersetzung des bisherigen theoretischen Teils des Erfurter Programms durch eine neue Programmeinleitung für verfehlt; denn was unter den gegebenen Umständen aus einer Beratung herauskommen würde, wäre voraussichtlich ein Gelegenheits-Kompromißprodukt, das, wenn es auch wohl gewisse künstliche Konstruktionen des Erfurter Programms vermeiden würde, doch auf der anderen Seite wahrscheinlich viel zu sehr auf heutige politische Tagesbedürfnisse zugeschnitten und deshalb in kurzem selbst wieder revisionsbedürftig sein würde. Wir befinden uns heute eben nicht in einem normalen Stadium der Gesellschaftsentwicklung, sondern in einer Periode überhafter Umbildung überlieferter gesellschaftlicher Lebensformen, einer völligen Unsicherheit darüber, welche Umschläge im Gesellschaftsleben demnächst erfolgen und wie sich die internationale Wirtschaftsstruktur gestalten wird. Derartige Zeiten der Gärung und des revolutionären Wechsels sind schon an und für sich wenig zur Aufstellung allgemeiner Richtlinien des sozialen Fortschritts geeignet, und noch weniger lassen sich aus den konvulsivischen Erscheinungen einer solchen Zeit faktische Verhaltensdirektiven für ferne Zukunften ableiten; im heutigen Fall kommt überdies noch hinzu, daß die mit früheren Erwartungen im Widerspruch stehenden Statsachen der Kriegs- und Revolutionszeit und die Veränderungen in der Zusammensetzung des Parteikörpers einerseits eine gewisse mißmutige Abkehr von der »grauen Theorie«, andererseits allerlei neue theoretische Strömungen und Unterströmungen hervorgerufen haben. Ganz naturgemäß haben eben manche der neuen Zuzügler, besonders aus dem Reich der Intellektuellen, ansehnliche Reste ihrer Ideologie mit in die Partei gebracht. Von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mag das noch mehr gelten als von der Mehrheitssozialdemokratie, immerhin läßt sich ohne Übertreibung sagen, daß mindestens ein großer Teil unserer Partei den alten theoretischen Boden verloren hat, ohne bereits einen neuen gefunden zu haben.

Ich bin keineswegs der Ansicht, daß eine theoretische Einleitung, wie sie das Erfurter Programm und ebenso das 1901 auf dem Parteitag zu Wien beschlossene österreichische Parteiprogramm enthält, ganz überflüssig ist, obgleich die Geschichte der verschiedenen Parteien zeigt, daß manche von ihnen, trotzdem sie nie allgemeine Prinzipienklärungen aufgestellt und sich mit kurzen Wahlprogrammen beholfen haben, dennoch zu großer Macht gelangt sind. Als knappe Skizzierung der den praktischen Programmforderungen zugrunde liegenden sozialen Entwicklungsauffassung kann auch eine theoretische Einleitung, wie die des Erfurter Programms, ihren Wert haben,

aber nur dann, wenn sie von dem Verständnis der großen Mehrheit der Parteianhängerschaft getragen ist, das heißt gewissermaßen nur der theoretische Ausdruck ihres Erkenntnisstandes ist und nicht in ihren Voraussetzungen den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung widerspricht. Dürfen wir aber heute darauf rechnen, daß unter den herrschenden Umständen ein neues theoretisches Programm diesen Bedingungen entsprechen würde? Meiner Ansicht nach nicht! Gemäß dem demokratischen Charakter unserer Partei kann auch eine theoretische Programmeinleitung nur das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit eines Parteiausschusses — ein Kompromißprodukt sein, und zwar würde sie entsprechend dem heutigen Stand unserer Parteitheoretik einen eklektischen Charakter tragen — eine Zusammenhäufung verschiedenartiger divergierender Anschauungen sein. Sie würde deshalb auch sofort in unseren Reihen auf ablehnende Kritik stoßen und alsbald den Ruf nach einer neuen Revision auslösen.

Meines Erachtens wäre deshalb besser, die Revision beschränkte sich auf den zweiten Teil des Erfurter Programms, auf ein knappes, die neuen politischen und wirtschaftlichen Probleme berücksichtigendes Aktionsprogramm. Der erste Teil könnte als historisches Dokument der Parteientwicklung in den Aktenschrank verwiesen oder aber, wenn man meint, eine theoretische Programmeinleitung durchaus nicht entbehren zu können, vorläufig an seinem Platz belassen werden. Eine Entscheidung, die freilich wohl dazu führen würde, daß sich dann zwischen dem ersten und zweiten Teil Widersprüche ergeben.

Damit möchte ich keineswegs behaupten, daß das Erfurter Programm in seinem ersten Teil noch immer leidlich den Ergebnissen der geschichtlichen Forschung entspricht. Nach meiner Ansicht war die theoretische Grundlage des Erfurter Programms bereits teilweise überholt, als sie in Erfurt akzeptiert wurde. Besser, als diese Entwicklungskonstruktionen zur Basis der neuen Parteiforderungen zu machen, wäre es nach meiner Ansicht in Erfurt immer noch gewesen, den einleitenden Teil des Gothaer Einigungsprogramms zu übernehmen, nachdem einige Sätze, wie zum Beispiel »Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums« oder die Berufung auf das »eiserne Lohngesetz« entfernt worden wären; denn was in Erfurt an die Stelle der Vorbemerkungen zum Gothaer Programm gesetzt wurde, das waren zum Teil Marx-Engels'sche Entwicklungshypothesen in abstrakt-dogmatischer Fassung, für die noch jegliche ausreichende Beweisführung fehlte, oder es waren an sich durchaus richtige Folgerungen aus der englischen und deutschen Wirtschaftsentwicklung, die aber nur für die vorausgegangenen Jahrzehnte allgemeine Geltung beanspruchen konnten, nicht mehr für die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Das im einzelnen nachweisen zu wollen, würde erfordern, den ganzen theoretischen Unterbau des Erfurter Programms einer Kritik zu unterziehen — eine Arbeit, die einen zu großen Raum der Neuen Zeit in Anspruch nehmen würde und sich überdies heute kaum noch lohnt. Ich möchte mich deshalb auf die Kritik einiger weniger durch den Entwicklungsgang überholter Konstruktionen des Erfurter Programms beschränken.

Schon in ihrem Grundzug ist die Entwicklungsauffassung des Erfurter Programms insofern falsch, als sie von der Annahme ausgeht, daß ur-

sprünglich, das heißt auf den Anfangsstufen der Wirtschaftsentwicklung, ein Privateigentum an Produktionsmitteln gar nicht existiert habe, die heute erstrebte Vergesellschaftung der Produktionsmittel also gewissermaßen nur eine Rückkehr zu urkommunistischen Eigentumsformen sei. Es ist die Lehre von der ursprünglichen wirtschaftlichen Gleichheit der Menschen, dem gleichen Anrecht aller auf die Naturschätze, wie sie im achtzehnten Jahrhundert vornehmlich in der französischen Sozialphilosophie Aufnahme gefunden hat und dann auf dem Wege über Rousseau und Weitling auch in den deutschen Arbeiterkommunismus der vierziger, fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eindrang. Bestätigt schien diese Auffassung durch die Entdeckung gewisser Feldgemeinschaftsformen bei den Germanen, Kelten, Indern, Altperuanern, Azteken usw. zu werden, zu der man in den sechziger, siebziger Jahren gelangte. Indes ist das sogenannte »Ureigentum« der Laveleye und Bücher durchaus keine ursprüngliche oder primitive, sondern eine relativ späte Eigentumsform. Es ist eine ganz unrichtige Vorstellung, daß die Horden und Stämme der Urzeit, sobald sie den Ackerbau »entdeckt« hatten, nun dazu übergegangen seien, sich in ihrer Gesamtheit auf den Anbau oder vielmehr die Feldwirtschaft zu werfen und das in ihrem Besitz befindliche Land periodisch aufzuteilen. Der Feldbau ist überhaupt nicht die erste Form des Anbaus, sondern der primitive Gartenbau (Hackbau), und der Übergang zu diesem erfolgt gewöhnlich derart, daß zunächst von den Frauen kleine in der Nähe der Niederlassungen gelegene Parzellen mit Wurzeln oder Knollenfrüchten, Melonen usw. bestellt werden, während die Männer Jäger und Fischer bleiben. Durch die Bebauung einer solchen Parzelle erlangen nun zwar die Frauen kein eigentliches Eigentumsrecht auf ihre Parzelle, wohl aber ein Nutzungsrecht, das später auch meist dann nicht erlischt, wenn sie die Bewirtschaftung aufgeben, sondern noch längere Zeit darüber hinaus dauert und durch Erbschaft oder Kauf auf andere Geschlechts- oder Stammesgenossenschaften übertragen werden kann. Erst weit später, wenn die Totemgenossenschaften sich zu Wirtschaftsgenossenschaften entwickeln, innerhalb dieser Verbände zusammenwirtschaftende Großfamilien und Hausgemeinschaften entstanden sind, und diese nun umfangreiche Landokkupationen und Neuanstellungen vornehmen, findet eine Aufteilung der Dorf- und Feldfluren statt; doch erstreckt sich auch in diesem Falle das Gemeineigentum nicht auf die Hoffstätte, Haus- und Gemüsegarten. Die Völker, bei denen gemeinsame Dorf- und Markfluren vorgefunden sind, stehen denn auch sämtlich schon auf einer ziemlich hohen Entwicklungsstufe. Oder kann man vielleicht die Germanen des Cäsar, die alten Römer, die irischen Kelten, die Altperuaner zu den primitiven Naturvölkern rechnen?

Selbst in diesem Fall ist jedoch nur ein Produktionsmittel, der Grund und Boden, und auch dieser nur zum Teil Gemeinbesitz, nicht die Ackergeräte, die Gebäude, die Handwerkszeuge und das Vieh. Zwar finden wir bei einzelnen Völkern auch Dorfherden, das heißt dem ganzen Dorf oder der ganzen Geschlechtsgenossenschaft gemeinschaftlich gehörende Herden, durchweg aber ist das Vieh Einzel- oder Familienbesitz.

Der theoretische Teil des Erfurter Programms unterscheidet jedoch nicht zwischen allen solchen verschiedenen Eigentums- und Besitzformen. Weil auf gewissen Entwicklungsstufen ein gemeinsamer Bodenbesitz vorkommt, deshalb konstruiert es sich kurzweg einen allgemeinen, alle wichtigen Produk-

tionsmittel umfassenden Urkommunismus. Kautsky erklärt denn auch in seiner Programmerklärung kategorisch: »Jede dieser Gesellschaften (Stamm, Orden) [schon der Ausdruck 'Gesellschaft' ist vom marxistischen Standpunkt unrichtig; es muß 'Gemeinschaften' heißen. S. C.] besaß ursprünglich die entscheidenden Produktionsmittel — Grund und Boden, Boote, Haushaltungsstätten usw. in Gemeineigentum; ihre Benutzung stand dem einzelnen nur mit Wissen und Willen und entsprechend dem Vermögen und den Bedürfnissen der Gesellschaft zur Verfügung.«

Wo, bei welchen Naturvölkern sind denn Boote (bei einigen Südstämmen gibt es wohl dem ganzen Dorf gemeinsam gehörende Kriegsboote, aber inwieweit dürfen diese zu den Produktionsmitteln gerechnet werden?), Haushaltungsstätten, Hausvieh, Jagd-, Fischer- und Ackergeräte Gemeineigentum? Kurz, dieser ganze Urkommunismus, wie ihn sich das Erfurter Programm konstruiert, ist eine Fiktion — und demnach auch die aus ihm gezogenen Folgerungen.

Betrachten wir eine andere haltlose Unterstellung des Erfurter Programms: die Behauptung, die Kleinbetriebe wären »mit Naturnotwendigkeit« zum Untergang verurteilt und würden immer mehr durch kolossale Großbetriebe aufgesogen. Das wird mit größter Entschiedenheit nicht nur etwa bezüglich gewisser Industriezweige, sondern auch der kleinbäuerlichen und handwerksmäßigen Betriebe behauptet. Ist diese Behauptung richtig? Bekanntlich hat sich in der deutschen Sozialdemokratie eine lange Auseinandersetzung über die Frage der ländlichen Betriebskonzentration entsponnen. Zu Marzens Zeit, als noch alljährlich aus Deutschland große Mengen von Getreide, Flachs, Holz, Vieh usw. nach England gingen und die preussischen Landjunker die ertragiertesten Freihändler waren, traf auch auf Deutschland die Behauptung zu, der ländliche Kleinbetrieb weiche vor dem Großbetrieb zurück. Der Export von Getreide, Vieh usw. hat jedoch längst aufgehört (die Begünstigung des Getreideexports durch das Einfuhrschemsystem der Vorkriegszeit kommt hier nicht in Betracht); Deutschland wurde zum Industrieland. Überall entstanden größere oder kleinere Industrieviertel, und diese mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, mit Gemüse, Obst, Eiern, Milch, Fleisch usw. zu versorgen, wurde nun eine Hauptaufgabe der Landwirtschaft. Zu solcher Versorgung ist aber der bäuerliche Klein- und Mittelbetrieb vielfach weit besser geeignet als der auf den Massenbau angewiesene Großbetrieb. Dadurch hat der Kleinbetrieb teilweise eine neue Existenzbasis gewonnen, die ihm vorher fehlte. Eine neue Wirtschaftsepoche hat eingesetzt, und mit dieser haben sich auch neue Tendenzen eingestellt. Für seine Zeit hatte Marx also recht; ein grober Mißgriff war es aber, aus reinem Dogmatismus an der Marxschen Konzentrationsauffassung festzuhalten, nachdem 1891 bereits die ihr zugrunde liegenden Erfahrungsstatsachen gewechselt hatten. Wäre tatsächlich, wie das Erfurter Programm behauptet, der Untergang des bäuerlichen Kleinbetriebs eine »Naturnotwendigkeit« und eine Vorbedingung der Durchführung des Sozialismus, dann müßten eigentlich der preussische sozialistische Landwirtschaftsminister und die ganze preussische Landtagsfraktion wegen ihrer Siedlungspolitik aus der Partei ausgeschlossen werden.

Ebenso verfehlt war es, daß der theoretische Teil des Erfurter Programms noch 1891 den Sieg des Sozialismus auf der sogenannten Marxschen

Verelendungstheorie begründete und zu diesem Zweck die Verelendungstheorie in ihrer krassesten Form übernahm, wie sie im »Kapital« (24. Kapitel, 7: Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation) zu finden ist; dort heißt es bekanntlich: »Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorrechte dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulden, vereinten und organisierten Arbeiterklasse.«

Auch diese Theorie war zur Zeit ihrer Formulierung richtig. Sie stütze sich auf jene Zustände, wie sie Friedrich Engels in seiner »Lage der arbeitenden Klasse in England« schildert und wie sie in den englischen Industrievieren noch bis gegen Mitte der fünfziger Jahre bestanden. Nur insofern beging Marx einen Fehler, als er eine Folgerung, die für jene kapitalistische Entwicklungsperiode durchaus zutrifft, als allgemeine Tendenz der Kapitalakkumulation auffaßte. Später, als er den wohlthätigen Einfluß der englischen Arbeiterschutzgesetzgebung, besonders der beschränkten Arbeitszeit (Zehnstundenbill) erkannte, hat er denn auch über die körperliche und geistige Entwicklung der englischen Arbeiterschaft ganz anders geurteilt. So heißt es beispielsweise im 8. Kapitel des »Kapital« (Abschnitt 6: Der Kampf um den Normalarbeitstag):

»Dennoch hatte das Prinzip (der Arbeitszeitbeschränkung) gesiegt mit einem Sieg in den großen Industriezweigen, welche das eigenste Geschöpf der modernen Produktionsweise. Ihre wundervolle Entwicklung von 1853 bis 1860, Hand in Hand mit der physischen und moralischen Wiedergeburt der Fabrikarbeiter, schlug das blödeste Auge.«

Der letzte Satz stimmt nicht. Obgleich sich in den folgenden Jahrzehnten nicht nur in England, sondern auch in Deutschland eine wesentliche Besserung der Arbeiterlage vollzog, fanden sich doch noch 1891 »blöde Augen«, die diese Entwicklung nicht erkannten — und so wurde einfach die alte, durch die Entwicklung überholte Theorie von der zunehmenden Verelendung der Arbeiterklasse in das Erfurter Programm einrangiert, und zwar in verschärfter Form. Während Marx nämlich an der betreffenden Stelle nur von der Verelendung der Arbeiterklasse spricht, dehnt das Erfurter Programm die Verelendung auch noch auf die Mittelschichten aus und erklärt: »Für das Proletariat und die verkinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.«

Tatsache ist denn auch, daß der österreichische Parteitag in Wien vom Jahre 1901, obgleich das von ihm beschlossene Programm überall die Züge des Erfurter Programms aufweist, doch die Aufnahme der Erfurter Verelendungsformulierung abgelehnt und sich mit folgenden Sätzen begnügt hat: »Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch trifft die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums.«

Vielleicht wird mancher Leser folgern: »Nun, wenn der theoretische Teil des Erfurter Programms dermaßen veraltet ist, dann müßte er doch gerade geändert werden!« Ganz richtig, er gehört längst in den Aktenschrank einer vergangenen Entwicklungsperiode der deutschen Sozialdemokratie, doch besteht in Anbetracht der Verwirrung, in der sich zurzeit unsere Parteitheorie befindet, meines Erachtens fast keine Aussicht, daß an seine Stelle eine einheitliche, logisch in sich geschlossene Entwicklungsauffassung treten würde — und deshalb ist besser: wir lassen sich zunächst die theoretischen Auffassungen der Partei klären und beschränken uns auf die Ausarbeitung eines neuen praktischen Aktionsprogramms.

Hindenburgs „Kriegserinnerungen“

Von Dr. Feydt (Königsberg i. Pr.)

Das Ludendorffsche Kriegsbuch, dieses selbstgefungene Loblied, ist auf jeder Seite von dem grenzenlosen Dünkel des geborenen Diktators getragen, der nie irren kann, auch nie geirrt hat, der alle Schuld — den anderen zuschiebt. Diesem Werk ist nun ein anderes Kriegsbuch gefolgt, das Generalfeldmarschall v. Hindenburg unter dem Titel »Aus meinem Leben« veröffentlicht hat. Auch dieses Buch erschien bereits geraume Zeit vor den Wahlen. Während aber das Ludendorffsche Werk von der Rechtspresse mit einem wahren Triumphgeheul begrüßt wurde, begnügt man sich diesmal im allgemeinen mit einer kurzen Anzeige und einigen nichtsfagenden Phrasen.

Was war der Grund dieses auffälligen Verhaltens, obgleich doch der »Volksheld« auf den Plan trat, den beispielsweise die »Deutsche Volkspartei« so ganz für sich gepachtet hat, daß sie nicht einmal den Demokraten gestattet, sich auf Hindenburgsche Worte zu beziehen? Nun, sehr einfach: Wer das Buch liest, der muß erkennen, wie wenig es in der Tat geeignet ist, den reaktionären Parteien Agitationsmaterial zu liefern, wie sehr es vielmehr in vielen wichtigen Punkten vollauf bestätigt, was die Sozialdemokratie, leider ohne bei der damaligen kaiserlichen Regierung und der verheßten Mehrheit des Volkes durchzudringen, während des Krieges oft genug warnend gesagt hat.

Zwar macht sich auch Hindenburg die Ludendorffsche Phrase von der »von hinten erdolchten Front« zu eigen, wenn er in dem Schlußkapitel seines Buches schreibt: »Wie Siegfried unter dem hinterlistigen Speerwurf des grimmigen Hagen, so stürzte unsere ermattete Front«; aber schon der anschließende Satz klingt doch recht vieldeutig: »Vergebens hatte sie versucht, aus dem versiegenden Queller der heimatischen Kraft neues Leben zu trinken.« Sieht man aber näher zu, so widerlegt Hindenburg in alledem, was er selbst über die militärische Kriegslage von Ende 1914 an sagt, besonders aber durch seine Urteile über die Haltung der Soldaten, die Phrase von der hinterrücks durch die Tätigkeit der Sozialdemokratie erdolchten Front, die bezeichnenderweise auch an keiner früheren Stelle des Buches in der fortlaufenden Schilderung auftaucht. Mit einer sachlichen Objektivität, die angenehm gegen Ludendorffs abstoßendes Selbstlob abfällt, werden vielmehr alle die »Siege«, an denen sich die Heimat beaufachte, auf ihre wirkliche Bedeutung zurückgeführt, alle Niederlagen